

## Flüchtlinge

## Mehr Geld, aber nicht genug

Obwohl Integrationskurse seit Juli besser bezahlt werden, haben viele Anbieter Finanzierungsprobleme.

Stefani Hergert Düsseldorf

**W**enn man so will, sind Ani Mkrtyan und ihre Kollegen die wichtigsten Integrationshelfer im Land. Die 34-Jährige unterrichtet am Goethe-Institut Mannheim Menschen, die gerade nach Deutschland gekommen sind oder schon lange hier leben, aber bisher kein Deutsch gelernt haben. Sie und ihre Kollegen sind auch diejenigen, die den Flüchtlingen in den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskursen den Weg ins Arbeitsleben in Deutschland ebnen.

Mkrtyan, die Germanistik und Deutsch als Fremdsprache studiert hat, liebt ihre Arbeit, sieht sie als „Berufung, nicht als Beruf.“ Etwa 30 Unterrichtsstunden gibt sie in der Woche - und damit mehr als Lehrer an Schulen. „Sonst kann man den Lebensunterhalt nicht finanzieren“, sagt sie. Denn Deutschlehrer für Erwachsene sind in der Regel Freiberufler, müssen sich selbst krankenversichern, die Rentenversicherung selbst bezahlen, und wenn sie krank oder im Urlaub sind, verdienen sie nichts. Mkrtyan lehrt, bereitet den Unterricht vor und nach und korrigiert Klausuren. Für all das bekommt sie etwas mehr als 35 Euro je Unterrichtseinheit.

### Lehrer, die nicht lehren

Damit erhält sie schon seit Jahren ein Honorar, das für viele andere erst seit Juli gilt. Seitdem bewilligt das Innenministerium den Trägern mehr Geld pro Teilnehmer, dafür müssen sie den Dozenten in den Integrationskursen mindestens 35 statt wie bisher 23 Euro je Unterrichtsstunde zahlen. Das sei ein

wichtiger Schritt, darin sind sich alle einig. Nur: Für viele Anbieter schafft das neue finanzielle Probleme.

Der Bund rechnet damit, dass in diesem Jahr eine halbe Million Menschen einen Integrationskurs beginnen und damit mehr als doppelt so viele wie 2015. Die Träger der Integrationskurse, allen voran die Volkshochschulen, an denen 40 Prozent der Teilnehmer lernen, haben aber schon seit langem gemerkt: In manchen Regionen finden sie kaum mehr Lehrer, weil die Bedingungen schlecht sind.

Nach Schätzungen unterrichten nur etwa 15 Prozent der Lehrer, die sich für einen Integrationskurs qualifiziert haben, dann auch tatsächlich in solch einem Kurs. Experten vermuten, dass sich viele lieber in einer Schule anstellen lassen, statt Freiberuf-

ler zu sein. „Mit 35 Euro ist es leichter, zusätzliche Sprachlehrkräfte zu gewinnen“, sagt Ernst Dieter Rossmann, Vorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbands und SPD-Bundestagsabgeordneter. Doch der Bund kommt nur für einen Teil der gestiegenen Kosten auf. Die Träger bekommen seit Juli für jeden Teilnehmer nun 3,90 statt 3,10 Euro je Unterrichtsstunde und von den Teilnehmern 1,95 Euro, wobei Asylbewerber oder Hartz-IV-Bezieher vom BAMF befreit werden.

Bei 15 Teilnehmern deckt der höhere Betrag des Bundes das neue Honorar. Laut Anbietern reicht der dennoch nicht. „Es gibt Institutionen, deren Wirtschaftsmodell dadurch stark gefährdet ist. Alphabetisierungskurse lassen sich kaum noch kostendeckend durchführen“, warnt Ingo Schöningh, Leiter des Goethe-Instituts Mannheim. Dabei werden gerade Alphabetisierungskurse wichtiger, weil ein Teil der Flüchtlinge bisher nicht lesen und schreiben gelernt hat.

Manche Träger stellen daher schon neue Forderungen auf. „Nach der Lohnrunde bräuchten wir eine Trägerrunde. Wir

müssen Räume, Materialien und die Verwaltung bezahlen. Von einer auskömmlichen Finanzierung kann nicht die Rede sein“, sagt Volkshochschul-Repräsentant Rossmann. 4,40 Euro je Teilnehmer und Unterrichtsstunde seien dafür vom Bund nötig.

Mancher Träger könnte versuchen, die neuen Regelungen zu umgehen. Denn Schlupflöcher gibt es durchaus. Das Mindesthonorar gilt nur für jene Anbieter, die vom BAMF für mehrere Jahre zertifiziert sind. Wer weniger Honorar zahlt, wird eben nur für ein Jahr zertifiziert. „Noch sind viele Anbieter in einer Art Sommerpause. Ab September wird sich zeigen, ob alle Träger die 35 Euro übernehmen werden“, sagt Schöningh, dessen Goethe-Institut als einziges in Deutschland Integrationskurse anbietet. Volkshochschulvertreter Rossmann er-

gänzt: „Es wäre das Beste, die 35 Euro verpflichtend für alle Anbieter einzuführen.“

Anna Müller, die sich in Netzwerken freiberuflicher Deutsch-

lehrer engagiert und eigentlich anders heißt, hat aber schon von anderen Wegen gehört. Einzelfälle bisher, wie sie sagt. Die Träger stellten die Lehrer an, jedoch zu schlechten Bedingungen: In einem Fall waren es 2600 Euro brutto im Monat bei 40 Unterrichtsstunden pro Woche. Am Ende kommt ein Lehrer so auf gut 50 Arbeitsstunden.

Mittlerweile haben sich freiberufliche Deutschlehrer zusammengeschlossen. Sie fordern eine Festanstellung mit den Arbeitsbedingungen von Berufsschullehrern oder höhere Honorare für Freiberufler. Goethe-Institutsleiter Schöningh bringt es auf den Punkt: „Letztlich geht es um die Frage, was der Gesellschaft diese Arbeit wert ist.“

**Letztlich geht es um die Frage, was der Gesellschaft diese Arbeit wert ist.**

**Ingo Schöningh**  
Leiter des Goethe-Instituts  
Mannheim